

Informationsblatt

4

X Tendenzwende in der Bevölkerungsentwicklung hielt auch im ersten Halbjahr 1976 an

Nachdem die Bevölkerungsentwicklung in der Region (also Kernstadt und Umland) im Jahre 1974 erstmals nahezu stagnierte, setzte sich diese Entwicklung auch 1975 und im ersten Halbjahr 1976 fort. Während zwischen 1970 und Ende 1973 das Umland jährlich noch um durchschnittlich 37 000 Einwohner wuchs, sank die Zunahme 1974 auf 17 000 und 1975 auf 10 000 ab. Im ersten Halbjahr 1976 betrug sie 4 000 Personen. Drei Viertel des Zuwachses seit Anfang 1975 entfielen dabei auf die Landkreise München und Fürstentfeldbruck, weitere 12 % auf den Landkreis Ebersberg; 13 % verteilen sich auf die übrigen fünf Regionslandkreise.

Dem sinkenden Bevölkerungszuwachs im Umland stehen geringer werdende Abnahmen in der Landeshauptstadt München gegenüber. Diese Entwicklung deutet auf die inzwischen sinkende Bedeutung der Außenwanderungen hin, so daß die leichte Bevölkerungszunahme im Umland in der Hauptsache aus Abwanderung der Landeshauptstadt resultiert.

Setzt sich die Einwohnerentwicklung des ersten Halbjahres 1976 auch in den zweiten sechs Monaten fort, so wird die Bevölkerungszunahme im Umland in diesem Jahr 8 000 nicht überschreiten. Damit wäre das Wachstum auf rund ein Fünftel der Zunahmen in den Jahren 1970 - 1973 geschrumpft.

Für die Landeshauptstadt ergäbe sich unter Annahme einer gleichbleibenden Entwicklung wie im ersten Halbjahr ein Bevölkerungsverlust von rund 7 000. Die Abnahme wäre damit nur halb so groß wie die des "Rekordjahres" 1974.

Die Region insgesamt würde unter der o. g. Annahme 1976 nur noch ein Bevölkerungswachstum von 1 000 Einwohnern verzeichnen können.

Einwohnerstand zum 1. 7. 1976:

Region 2 244 794, davon München 1 311 349 und Umland 933 445.

Schwerpunkt verbesserter Ortsplanung: die Auseinandersetzung mit dem Bestand

Im Informationsblatt Nr. 1 hat die Geschäftsstelle auf die Notwendigkeit hingewiesen, gerade auch zur Vermeidung von Fehlinvestitionen die Ortsplanung zu verbessern. Dabei spielt immer mehr eine Rolle, daß nicht nur Neubauten, sondern die Erhaltung und Verbesserung der bereits bebauten Gemeindebereiche sorgfältige ortsplanerische Entscheidungen erfordert.

Die im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung unseres Verbands gezeigte Ausstellung "Ohne Vergangenheit keine Zukunft" (mit Kurzreferat und Diskussion) soll auch dazu beitragen, auf diese veränderten Planungsaufgaben aufmerksam zu machen. Verschiedene Auseinandersetzungen und sogar Gerichtsentscheidungen um den Erhalt älterer Bauten - manchmal für die betroffenen Gemeinden schwer verständlich - geben dem Thema zusätzliche Aktualität.

Alternativverfahren

Die Geschäftsstelle hat in jüngster Zeit im Auftrag einiger Mitgliedsgemeinden (Haar, Oberschleißheim, Unterhaching, Ottobrunn, Planegg) städtebauliche Ideenwettbewerbe bzw. Plangutachtenverfahren für zentrale Bereiche vorbereitet und begleitet. Das Plangutachtenverfahren - gekennzeichnet durch Teilnahme einiger für die jeweilige Aufgabe besonders geeigneter Planungsbüros als Gutachter mit anschließender Bewertung dieser Gutachten durch ein Bewertungsgremium (Gemeinderat und Fachleute) - erweist sich neben anderen Alternativverfahren als ein geeignetes Instrument für Aufgaben der Ortsplanung. Die Gemeinden sollten zukünftig verstärkt von dieser Möglichkeit der Zielfindung Gebrauch machen.

Den genannten Verfahren lag u.a. das Thema zugrunde, ein Bürgerhaus oder bürgernahe Einrichtungen mitzuplanen. Der Bedarf für diese gemeindliche Einrichtung ist vorhanden. Festlegung der Aufgaben des Bürgerhauses und seine Bedeutung im Gemeindegefüge, Situierung, Umfang der wünschenswerten Einrichtungen, insbesondere im Hinblick auf eine Stärkung und Neuorientierung der Ortsmitte, können gerade im Rahmen von Alternativverfahren Lösungsmöglichkeiten besonders gut zugeführt werden (Bürgerhäuser werden derzeit z.B. auch in Unterbrunn, Garching, Karlsfeld, Eching (FS) geplant).

Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen: lebhaftes Echo

Im Informationsblatt Nr. 3 hat die Geschäftsstelle von den Bemühungen einzelner Kommunen berichtet, durch geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und damit erhöhten Sicherheit insbesondere in Wohngebieten beizutragen. Der kurze Bericht hat erhebliches Interesse ausgelöst. Die hier begonnene Entwicklung ist bei allen Schwierigkeiten im Detail durchaus ermutigend. Sobald weitere Erfahrungen aus dem Mitgliederbereich vorliegen, soll an dieser Stelle ausführlicher berichtet werden.

Gemeinden, die demnächst vor Ausbaumaßnahmen stehen (Erneuerung der Oberflächen, Anlage von Bürgersteigen, Verbreiterungen, Straßen- und Wegebeleuchtung, Parkstreifen o.ä.), sollten neue Möglichkeiten der Gestaltung in ihre Überlegungen einbeziehen. Die Geschäftsstelle ist gern zur Information bereit und bittet ihrerseits, von Maßnahmen dieser Art unterrichtet zu werden.

(Inzwischen hat der ADAC in der Broschüre "Sicherheit für den Fußgänger" das Thema angegangen, eine große Automobil-Zeitschrift soll demnächst hierzu einen Titelbericht veröffentlichen. In Vorbereitung ist auch ein einschlägiges Fachbuch).

Isarauen Nord - Erste Schritte

Das im Frühjahr 1976 vom Planungsverband im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen im Entwurf ausgearbeitete Entwicklungsprogramm für die Isarauen zwischen München und Freising wird in Teilen bereits verwirklicht. Die Oberforstdirektion hat im Oktober damit begonnen, einen Hauptwanderweg zwischen München und Freising auf eine Länge von nahezu 30 km auszubauen. Auftraggeber ist der Verein Erholungsgebiete e.V. Der Weg wird in Kiesschüttung und landschaftsgerechter Oberflächenbehandlung auf der Trasse vorhandener Ufer- oder Forstwirtschaftswege gebaut. Mit dem Abschluß dieser vorweggenommenen Maßnahme ist noch in diesem Jahr zu rechnen.

Für 1977 ist die Verwirklichung weiterer Teile aus dem Entwicklungsprogramm vorgesehen. Dazu gehören: Ausbau des Hauptwegenetzes mit dem Ziel, sowohl auf dem Westufer wie auf dem Ostufer einen durchgehenden Weg zu erhalten, Ausbau von Zuwegen von den benachbarten Ortschaften in die Isarauen hinein, Parkplätze am Auenrand sowie landschaftspflegerische Maßnahmen. Zur Steigerung des Erlebniswerts dieser schönen Flußlandschaft ist auch der Bau von Fußwegstegen über die Isar vorgesehen. Sie erscheinen zusätzlich dringend notwendig, um die Isar abseits der stark belasteten Straßenbrücken gefahrlos queren zu können. Die Planung für diese Stege soll im Winter beginnen.

Modell Radwanderwegenetz für den Raum München:
endlich Kartendruck in Sicht

Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen bereitet derzeit einen Kartendruck des regionalen Radwanderwegenetzes für behördeninternen Gebrauch vor. Nach unseren Informationen soll diese Arbeitskarte in den nächsten Wochen fertiggestellt werden.

Bekanntlich wurde die Modellplanung Radwegenetz unter Beteiligung der betroffenen Gemeinden, Landkreise und Fachstellen vom Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München erarbeitet und dem Staatsministerium im Sommer 1974 abgeliefert. Mit dem Kartendruck, der sich ausdrücklich noch nicht an die interessierte Öffentlichkeit wendet, besteht die Möglichkeit, bei laufenden Planungsüberlegungen der Gemeinden und sonstigen Beteiligten den Netzorschlag jeweils in die Bauleitplanung und auch in eigene Ausbaumaßnahmen einzubeziehen. (Die Auslieferung der Karten ist ohne besondere Anforderung nach deren Fertigstellung beabsichtigt).

Verkehrsuntersuchung für den Münchner Süden und Westen

Nach der Behandlung des ersten Konzeptvorschlags der Verkehrsuntersuchung in der Planungskommissionssitzung am 22. Januar 1976 ist zwischenzeitlich eine Überarbeitung vorgenommen worden. Grundlage für die Überarbeitung waren zum einen das Paket der bis vor kurzem eingegangenen Stellungnahmen der Gebietskörperschaften und Träger öffentlicher Belange und zum anderen die ersten Ergebnisse der zahlenmäßig dargestellten Verkehrsprognose 1985 aus der laufenden Verkehrsuntersuchung Großraum München. Insbesondere die Rechenergebnisse bestätigen grundsätzlich die in dem vorliegenden Straßennetzvorschlag enthaltenen Überlegungen. Die vorliegenden Stellungnahmen werden bereichsweise zu Trassen- bzw. Netzänderungen führen, die entweder von vorneherein in die Grundkonzeption eingearbeitet oder als Alternativlösung dargestellt werden. Nach den noch laufenden Gesprächen vor allem mit den Gebietskörperschaften soll die derart überarbeitete Konzeption in einer weiteren Planungskommissionssitzung am 15. Dezember 1976 erörtert werden.

Schwerpunkt verbesserter Ortsplanung: die Auseinandersetzung mit dem Bestand

Im Informationsblatt Nr. 1 hat die Geschäftsstelle auf die Notwendigkeit hingewiesen, gerade auch zur Vermeidung von Fehlinvestitionen die Ortsplanung zu verbessern. Dabei spielt immer mehr eine Rolle, daß nicht nur Neubauten, sondern die Erhaltung und Verbesserung der bereits bebauten Gemeindebereiche sorgfältige ortsplanerische Entscheidungen erfordert.

Die im Rahmen der diesjährigen Mitgliederversammlung unseres Verbands gezeigte Ausstellung "Ohne Vergangenheit keine Zukunft" (mit Kurzreferat und Diskussion) soll auch dazu beitragen, auf diese veränderten Planungsaufgaben aufmerksam zu machen. Verschiedene Auseinandersetzungen und sogar Gerichtsentscheidungen um den Erhalt älterer Bauten - manchmal für die betroffenen Gemeinden schwer verständlich - geben dem Thema zusätzliche Aktualität.

Alternativverfahren

Die Geschäftsstelle hat in jüngster Zeit im Auftrag einiger Mitgliedsgemeinden (Haar, Oberschleißheim, Unterhaching, Ottobrunn, Planegg) städtebauliche Ideenwettbewerbe bzw. Plangutachtenverfahren für zentrale Bereiche vorbereitet und begleitet. Das Plangutachtenverfahren - gekennzeichnet durch Teilnahme einiger für die jeweilige Aufgabe besonders geeigneter Planungsbüros als Gutachter mit anschließender Bewertung dieser Gutachten durch ein Bewertungsgremium (Gemeinderat und Fachleute) - erweist sich neben anderen Alternativverfahren als ein geeignetes Instrument für Aufgaben der Ortsplanung. Die Gemeinden sollten zukünftig verstärkt von dieser Möglichkeit der Zielfindung Gebrauch machen.

Den genannten Verfahren lag u.a. das Thema zugrunde, ein Bürgerhaus oder bürgernahe Einrichtungen mitzuplanen. Der Bedarf für diese gemeindliche Einrichtung ist vorhanden. Festlegung der Aufgaben des Bürgerhauses und seine Bedeutung im Gemeindegefüge, Situierung, Umfang der wünschenswerten Einrichtungen, insbesondere im Hinblick auf eine Stärkung und Neuorientierung der Ortsmitte, können gerade im Rahmen von Alternativverfahren Lösungsmöglichkeiten besonders gut zugeführt werden (Bürgerhäuser werden derzeit z.B. auch in Unterbrunn, Garching, Karlsfeld, Eching (FS) geplant).

Verkehrsberuhigung in Wohnstraßen: lebhaftes Echo

Im Informationsblatt Nr. 3 hat die Geschäftsstelle von den Bemühungen einzelner Kommunen berichtet, durch geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und damit erhöhten Sicherheit insbesondere in Wohngebieten beizutragen. Der kurze Bericht hat erhebliches Interesse ausgelöst. Die hier begonnene Entwicklung ist bei allen Schwierigkeiten im Detail durchaus ermutigend. Sobald weitere Erfahrungen aus dem Mitgliederbereich vorliegen, soll an dieser Stelle ausführlicher berichtet werden.

Gemeinden, die demnächst vor Ausbaumaßnahmen stehen (Erneuerung der Oberflächen, Anlage von Bürgersteigen, Verbreiterungen, Straßen- und Wegebeleuchtung, Parkstreifen o.ä.), sollten neue Möglichkeiten der Gestaltung in ihre Überlegungen einbeziehen. Die Geschäftsstelle ist gern zur Information bereit und bittet ihrerseits, von Maßnahmen dieser Art unterrichtet zu werden.

(Inzwischen hat der ADAC in der Broschüre "Sicherheit für den Fußgänger" das Thema angegangen, eine große Automobil-Zeitschrift soll demnächst hierzu einen Titelbericht veröffentlichen. In Vorbereitung ist auch ein einschlägiges Fachbuch).